



From Dusk till Dawn

Der lange Weg der schwedischen Sozialdemokratie
von einer Staatspartei zum Kampf um jede Stimme

DR. CHRISTIAN KRELL UND NIELS STÖBER

November 2017

- Schweden galt als das gelobte Land der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) hatte über Jahrzehnte hinweg eine Hegemonialstellung in der schwedischen Parteienlandschaft inne und konnte mit der Erzählung einer »starken Gesellschaft« ein bemerkenswert solidarisches Gesellschaftsmodell mit einem umfassenden Wohlfahrtsstaat verwirklichen. Vollbeschäftigung, solidarische Löhne durch eine starke Sozialpartnerschaft sowie keynesianistische Investitionspolitik und eine weit ausgebaute staatliche Daseinsfürsorge waren charakteristisch dafür
- Ausgelöst durch steigende Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit war dieses Modell spätestens seit den 1990er Jahren in der Krise, was sich auch in teils dramatischen Wahlniederlagen der SAP widerspiegelt. Parteiübergreifend lauteten die Devisen fortan »Entschlackung« des öffentlichen Sektors durch Privatisierung und »Haushaltsüberschuss statt Vollbeschäftigung«. Den progressiven Kräften steht im Parlament seither eine ebenbürtig starke bürgerliche Allianz gegenüber, die von 2006 bis 2014 die Regierung stellte.
- Zwar führt die SAP seitdem wieder eine rot-grüne Minderheitsregierung an, jedoch konkurriert sie nicht nur mit Linkspartei und Grünen um Stimmen, sondern muss auch um Arbeiterstimmen mit den rechtspopulistischen Schwedendemokraten kämpfen, die seit 2010 zur drittstärksten Kraft im Parlament avanciert sind. Für die schwedische Sozialdemokratie stellt sich die strategische Frage, ob sie sich vor der Wahl 2018 zur Mitte hin öffnet oder den eingeschlagenen linken Weg in Richtung einer Thematisierung von Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen weiter verfolgt.

Was im Alten Testament das Land Kanaan war, schien für die Sozialdemokratie lange Zeit Schweden zu sein: das gelobte Land. Hier erzielten die Sozialdemokraten nicht nur über Jahrzehnte hinweg Wahlergebnisse deutlich über 40 Prozent und waren zwischen 1932 und 1976 ununterbrochen an der Regierung beteiligt, sie konnten darüber hinaus ein Gesellschaftsmodell verwirklichen, das den Idealvorstellungen Sozialer Demokratie nahe kam. Im schwedischen Modell schienen ein hohes Maß gesellschaftlicher Gleichheit und damit große individuelle Freiheitsspielräume auf eine außergewöhnliche Weise verwirklicht.

Aber das Bild des gelobten Landes hat Risse bekommen. Zwar zeigt sich inzwischen wieder eine insbesondere im europäischen Vergleich relativ stabile und einigermaßen starke Sozialdemokratie, die die Regierung anführt und in jüngster Zeit Zuwächse verzeichnen kann. Doch die hegemoniale Stellung der Sozialdemokratie ist herausgefordert und auch die Politikergebnisse weisen in eine eindeutige Richtung: Seit den 1980er Jahre wächst die Einkommensungleichheit auch in Schweden wieder deutlich (vgl. OECD 2013).

In diesem Beitrag sollen die historischen Bedingungen und Besonderheiten des schwedischen Falls skizziert werden, um auf dieser Grundlage den aktuellen Zustand der schwedischen Sozialdemokratie zu beschreiben. Wie steht es um die einstige Vorzeige-Sozialdemokratie? Mit welchen Ideen und Projekten profiliert sich die SAP? Wo steht sie in der politischen Landschaft Schwedens? Und wie ist die Partei für das Wahljahr 2018 aufgestellt?

Volksheim und eine starke Gesellschaft – Die Erzählung der schwedischen Sozialdemokratie als Grundlage ihres Erfolgs

Der ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat es immer wieder betont: Für gesellschaftliche Reformen reichen 51 Prozent der Wählerstimmen nicht aus, Diskursheftigkeit und Zeitgeist müssen Reformen tragen. Um gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, benötigt man nicht nur eine parlamentarische Mehrheit oder institutionelle Macht, sondern auch die öffentlich geteilte Überzeugung, dass die Veränderung in die richtige Richtung geht. Politikentwürfe müssen in eine Erzählung eingebettet sein, die verdeutlicht, dass die Reform not-

wendig und möglich ist, dass sie sich lohnt, und dass sie zu einem besseren Ergebnis als dem Status quo führt. Diese Erkenntnis ist für den schwedischen Fall besonders relevant. Denn ohne ein sehr erfolgreiches, über Jahrzehnte hinweg entwickeltes Narrativ wäre der Erfolg der schwedischen Sozialdemokratie nicht zu verstehen.

Die Idee einer »starken Gesellschaft« (*starka samhället*) ist eine der wirkmächtigsten Erzählungen in diesem Zusammenhang. Tage Erlander, für eine gefühlte Ewigkeit schwedischer Ministerpräsident und ebensolang Vorsitzender der SAP (1946–1969), hat nicht zufällig genau diesen Begriff als narrativen Rahmen für den von ihm angestrebten Ausbau des Wohlfahrtsstaates gewählt.

Eine starke Gesellschaft, das ist mehr als nur eine Beschreibung von Zusammenleben. Es ist auch die Vorstellung einer besonderen Form dieses Zusammenlebens: nämlich als solidarisches Miteinander. Die Idee der starken Gesellschaft schließt damit an die für den schwedischen Wohlfahrtsstaat prägende Idee des Folkhemmet – des *Volksheims* – an. Diese ursprünglich von Nationalen und Konservativen entwickelte Idee, griff Erlanders Vorgänger, Per Albin Hanson (1932–1946), als Narrativ seiner Politik auf:

»Im guten Heim gibt es keine Privilegierten oder Benachteiligte [...]. Dort sieht nicht der eine auf den anderen herab, dort versucht keiner, sich auf Kosten des anderen Vorteile zu verschaffen und der Starke unterdrückt nicht den Schwachen und plündert ihn aus. Im guten Heim herrschen Gleichheit, Fürsorglichkeit, Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft. Auf das Volks- und Mitbürgerheim angewandt würde das den Abbau aller sozialen und ökonomischen Schranken bedeuten, die nun die Bürger in Privilegierte und Benachteiligte, in Herrschende und Abhängige, in Reiche und Arme, in Begüterte und Verarmte, in Ausplünderer und Ausgeplünderte teilen.«

Gemeinsam ist der Vorstellung eines Volksheims und einer starken Gesellschaft, dass sie die sozialdemokratische Politik nicht klassenkämpferisch auflädt, sondern eine integrierende Utopie entfaltet, der alle Teile der Gesellschaft etwas abgewinnen können. In der Konsequenz konnte sich die Idee einer starken Gesellschaft von einem parteipolitischen Programm – das es immer auch blieb – erweitern und zu einem nationalen, wenn nicht gar einem regionalen Projekt ganz Skandinaviens werden. Schließlich ist das nordische Modell heute nicht nur

mit der Arbeiterbewegung verbunden, die es zweifellos maßgeblich geprägt hat, sondern wirkt integrierend und identitätsstiftend für einen ganzen Teil Europas. Die oben angedeutete elektorale Dominanz der schwedischen Sozialdemokratie war also immer auch mit einer Diskursivität verbunden.

Das schwedische Modell – Diskurshegemonie mit praktischen Konsequenzen

Auf praktisch-politischer Ebene ist die starke Gesellschaft mit einem komplexen institutionellen Arrangement verbunden: eine solidarische und gleichheitsorientierte Lohnpolitik, gut organisierte Arbeitgeber und starke Gewerkschaften mit hohen Mitgliedszahlen, eine aktive Rolle des Staates bei der öffentlichen Koordinierung der Wirtschaft, gut ausgebaute öffentliche Dienstleistungen – etwa bei Gesundheit und Bildung –, die auch für die Oberschichten attraktiv waren. All das waren Bausteine der starken Gesellschaft, die die schwedische Sozialdemokratie häufig im Verbund mit bürgerlichen Kräften forciert hat. Diese spiegelten sich seit der Nachkriegszeit in konkreten politischen Projekten und Rahmenwerken wider.

Das primäre Ziel staatlicher und sozialpartnerschaftlicher Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik waren Vollbeschäftigung und eine solidarische Lohnentwicklung, die durch hohe Produktivitätssteigerung ermöglicht wurden. Gepaart mit einer zielgerichteten keynesianischen Wirtschaftspolitik, die es dem Staat erlaubte, sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen durch Schulden zu finanzieren, konnte, ausgehend in den 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre hinein, sowohl die dringende Frage des Mangels an Wohnraum gelöst sowie Vollbeschäftigung erreicht werden. Die Erfüllung sozialer Rechte wurde damit in die politische Praxis übertragen. Dies gilt für das Recht auf Arbeit und auf Wohnraum ebenso wie für den für die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern unabdingbaren Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und des öffentlichen Sektors und die Einführung individueller Besteuerung der Einkommen von Ehepartnern 1971. Die Umverteilungspolitik war stark an eine solidarische Lohnpolitik geknüpft, darüber hinaus aber auch zentraler Bestandteil des wohlfahrtsstaatlichen Rahmenwerkes. Gesundheitsversorgung war beispielsweise ausschließlich steuerfinanziert und

entsprechende Leistungen so universell ausgelegt, dass alle Schichten in die solidarische wohlfahrtsstaatliche Gemeinschaft integriert werden konnten.

Kurzum: Nicht das gelobte Land, aber eine vergleichsweise starke Gesellschaft mit ungefähr gleich verteilten Lebenschancen – das beschreibt das schwedische Modell bis in die 1980er Jahre.

Das Land ändert sich, die Partei auch ...

Die schwedische Sozialdemokratie hat dieses Modell über Jahrzehnte hinweg zwar nicht allein, aber doch maßgeblich entwickelt und vorangetrieben. Die diskursive und realpolitische Stärke dieses Modells war entsprechend eng mit der Sozialdemokratie verbunden. Zeitversetzt trafen die Krisen, die dieses Modell seit den 1980er Jahren erschütterten, auch die Sozialdemokratie. 1991 kam es zu einer ernüchterten Wahlniederlage, insbesondere 2006 und 2010 erfuhr die SAP deutliche elektorale Ablehnung mit nur noch 35 Prozent bzw. 30,7 Prozent aller Wählerstimmen.

Diese Entwicklung muss vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise Anfang der 1990er Jahre verstanden werden. Diese stellte bis dahin grundlegende politische sowie diskursive Tatsachen in Frage, was sowohl für politische Projekte im Allgemeinen und für die Sozialdemokratie im Besonderen weitreichende Konsequenzen hatte.

Ausgelöst durch eine wachsende Staatsverschuldung zog man Mitte der 1990er Jahre die Notbremse mit zwei zentralen Folgen für Politik und Gesellschaft: Zum einen führte die Debatte über die »Entschlackung« des öffentlichen Sektors zu einer sozialstaatlichen Neuausrichtung. Zum anderen wurde das Ziel der Vollbeschäftigung dem Ziel eines Haushaltsüberschusses untergeordnet. Seit Mitte der 1990er Jahre gilt das parteiübergreifende Paradigma über einen Konjunkturzyklus hinweg einen Überschuss im Haushalt zu erwirtschaften. Beide handfeste Konsequenzen der Krise in den 1990er Jahren prägen auch heute noch Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtspolitik in Schweden. Wie spiegelt sich dies in konkreter Politik wider?

Mit der »Effektivierung« des öffentlichen Sektors ging auch eine Vermarktlichung von wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen einher. Die Sozialdemokraten, die 1994 die Regierungsgeschäfte von der kurzzeitigen bürgerlichen Koalition übernommen hatten, sahen in einer Öffnung des Wohlfahrtssektors für private Akteure die Möglichkeit, sowohl den ideellen Sektor (etwa Schulen in freier Trägerschaft) zu stärken, als auch öffentliche Gelder effektiver verwalten zu können. Die Debatte war stark von einer Idee der »Demokratisierung« sozialstaatlicher Dienstleistungen geprägt: Eine ausschließlich öffentliche Regie sollte einer Vielfalt an Trägern und Ideen weichen und somit die »Wahlfreiheit« der Bürger und Bürgerinnen stärken. Die Konkurrenz zwischen Schulträgerei- und -formen sollte vergrößert und somit die Qualität und Effizienz des Systems erhöht werden. Das stellt nicht nur eine grundsätzliche Abkehr vom ursprünglichen wohlfahrtsstaatlichen System dar, sondern beschreibt den Beginn einer neuen Phase sozialdemokratischer Politik im Rahmen des »schwedischen Modells«, die eng mit dem neuen finanzpolitischen Rahmen verknüpft ist. Dieser Rahmen verhinderte, dass der Staat Investitionen über Schulden finanziert. Bei gleichbleibender Steuergrundlage hatte dies seit Ende der 1990er Jahre auch relative Einschnitte im Sozialversicherungssystem zur Folge, um den Ausgleich des Staatshaushaltes gewährleisten zu können.

Diese Entwicklungen waren an einen neuen diskursiven Wind angelehnt: Weniger Staat und mehr private Akteure sollten den schwedischen Wohlfahrtsstaat modernisieren. Dies hatte zur Folge, dass sich die Parteienlandschaft deutlicher um eine »neue Mitte« herum organisierte. Während der sozialdemokratische Staatsminister Göran Persson 2002 die Regierungsgeschäfte übernehmen konnte, kam es 2006 mit der Regierungsübernahme der bürgerlichen »Allianz« zum deutlichsten Ausdruck der Verschiebung des Parteienwettbewerbs. Aber selbst im Laufe dieser weitreichenden Veränderungen im politischen Diskurs und der Schwächung der Sozialdemokratie an den Wahlurnen hat sich an der festen Verankerung des sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsdiskurses in der schwedischen Öffentlichkeit zumindest rhetorisch kaum etwas geändert.

Eine neue »Arbeiterpartei«...

Die konservativ-liberale Sammlungspartei »Die Moderaten« konnten nur dadurch 2006 der Sozialdemokratie erfolgreich Stimmen abnehmen, weil sie – zumindest diskursiv – auf das Politikmodell der Sozialdemokraten umschwenkten. Statt wie bisher als neoliberale Steuererhöhungspartei aufzutreten, schwangen sich die Moderaten nun zu den eigentlichen Verteidigern des schwedischen Modells auf. Die »neuen Moderaten« angeführt von Fredrik Reinfeldt vollzogen das wohl gründlichste rhetorische »make over« der schwedischen Politikgeschichte: weg von den »Perlenhalsketten« hin zu einer neuen Arbeiterpartei, die sich für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung einsetzte. Der zentrale gesellschaftliche Konflikt verschob sich und lag nun zwischen denjenigen, die sich außerhalb des Arbeitsmarktes befanden und denjenigen, deren Arbeit »sich mehr lohnen sollte« (Reinfeldt 2005).

Die neue Vermarktung der Moderaten ging einher mit einer neuen Blockbildung im bürgerlichen Lager. 2004 beschlossen die vier bürgerlichen Parteien – Moderate, Liberale, Zentrumspartei und Christdemokraten – eine bürgerliche »Allianz« zu gründen und mit einer solchen bei den Wahlen 2006 anzutreten. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung wurde von einer bürgerlichen Mehrheitsregierung abgelöst und der Weg zu einer sowohl diskursiv als auch politisch neuen Phase Schwedens gebahnt. Schon 2009 konstatierten Experten, dass die Politik der Reinfeldt-Regierung alles andere als traditionelle sozialdemokratische Wohlfahrtspolitik darstellte, da die Gewerkschaften über die Senkung der Arbeitslosenversicherung und eine faktische Erhöhung der Mitgliedsbeiträge in ihren Manifesten geschwächt wurden (Persson et al. 2010). Noch nie kam es zu einer solch enormen Austrittswelle: Allein der gewerkschaftliche Arbeiterdachverband LO verlor innerhalb von zwei Jahren fast 200 000 Mitglieder. Neben diesem recht deutlichen Angriff auf eines der zentralen Elemente des schwedischen Modells – die Machtbalance zwischen den Sozialpartnern – wurde die Privatisierung und die Vermarktlichung von wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen vorangetrieben.

Zwei zentrale Entwicklungen müssen also hervorgehoben werden, um die heutige politische Landschaft, sowie die Lage der Sozialdemokratie verstehen zu können. Zum einen ist die SAP in ihrem Reformeifer durch das Ziel eines Haushaltsüberschusses deutlich eingeschränkter als noch



in den Jahren von Erlander oder Palme. Zum anderen hat sich die politische Landschaft deutlich in die Mitte bewegt. Während die Sozialdemokraten von ihrem Ziel der Vollbeschäftigung und einer ausschließlichen Rolle des Staates in der Bereitstellung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen abgekehrt sind, haben sich die bürgerlichen Parteien als »Arbeiterparteien« vermarkten können. Ebenso wurde das Konzept der »Wahlfreiheit«, welches durch die Reformen in den 1990er Jahren eingeführt wurde, zu einer Leitidee des schwedischen Wohlfahrtsstaates: Eine hohe Qualität für alle wick (damit) diskursiv der Prämisse als Kunde auf einem von Konkurrenz geprägten Markt agieren zu können.

All dies hatte nicht nur teils dramatische Folgen für die Sozialdemokraten, die neben den Wahlen 2006 auch die Wahlen 2010 mit einem historisch schlechten Ergebnis verloren. Durch die rhetorische Annäherung der bürgerlichen Parteien an sozialdemokratische Themen und Ideen wuchs eine politische Nische, die bis dato in der schwedischen Politik kaum in Erscheinung getreten war.

Und noch eine Arbeiterpartei ...

Mit einer ausgeprägten Islam- und Einwanderungskritik und einem für Schweden neuen Anti-Etablisement-Diskurs schafften die rechtspopulistischen Schwedendemokraten 2010 den Einzug ins Parlament. Bezeichnend für die Verschiebung des Parteienwettbewerbes war die Tatsache, dass die Schwedendemokraten fast ausschließlich Wähler_innen von Moderaten und Sozialdemokraten mobilisieren konnten. Der »Swedish exceptionalism« (Rydgren & van der Meiden 2016), der Schweden als einziges skandinavisches Land ohne starke rechtspopulistische Partei ausmachte, war damit Geschichte.

Während die bürgerliche Regierung, seit 2010 in der Minderheit, zusammen mit den Grünen eine liberale Einwanderungspolitik fortführte, entwickelte sich die Wahl 2014 zu einem Konflikt zwischen Liberalismus und Wertekonservatismus. Dies nutzten die Schwedendemokraten, die ihr Ergebnis noch einmal verdoppeln konnten und drittstärkste Partei wurden.

Die Wahl 2014 mit der Sozialdemokraten und Grünen die (Minderheits-)Regierung übernehmen konnten, war damit nicht nur ein Ausdruck des sich verändernden Parteienwettbewerbes, sondern hat eine Phase der Neuaus-

richtung vieler Parteien und der politischen Konfliktlinien eingeleitet.

Wahlergebnisse 2006–2014 (in Prozent)

Partei	2006	2010	2014
Sozialdemokraten	35	30,7	31
Moderate	26,2	30	23,3
Libérale	7,5	7	5,4
Zentrumspartei	7,9	6,6	6,1
Grüne	5,2	7,3	6,9
Linkspartei	5,8	5,6	5,7
Christdemokraten	6,6	5,6	4,6
Schwedendemokraten	2,9	5,7	12,9

Die Lage vor der Wahl 2018

Die erfolgreiche Wandlung der Moderaten Mitte der 2000er Jahre und die Etablierung der rechtspopulistischen Schwedendemokraten sind Teile eines sich verändernden Parteienwettbewerbs. Für die Sozialdemokratie problematisch dabei ist, dass sie nicht nur im linken Lager mit der Linkspartei und Teilen der Grünen konkurriert, sondern auch mit den rechtspopulistischen Schwedendemokraten um Arbeiterstimmen kämpft. Gleichzeitig ist der Spielraum für Reformen durch den Fokus auf die Rücknahme oder Kompensation bürgerlicher Reformen der vorherigen Regierung und eine weitgehend austeritätsorientierte Haushaltspolitik eingeschränkt. Dazu kommt, dass die Sozialdemokratie zwar noch immer die größte Partei ist, sich die schwedische Bevölkerung aber, diskursiv und elektoral, keineswegs mehrheitlich als links einordnen würde (Oscarsson & Holmberg 2016).

Die Wahl 2014 und die darauffolgenden Jahre waren stark von einer Krisenrhetorik geprägt. Als Beispiele können hier die Regierungskrise zu Beginn der rot-grünen Regierungszeit oder die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 genannt werden. Entsprechend war die gesellschaftspolitische Debatte stark vom Gegensatz zwischen den liberal etablierten Parteien und den wertekonservativen Schwedendemokraten geprägt. Inzwischen hat sich dies, auch durch sozialdemokratische Initiative, nun hin zu einer traditionellen Links-Rechts-Konfliktlinie entwickelt. Die Sozialdemokraten haben es durch die Verschärfung der Einwanderungs- und Asylpolitik 2015 sowie einer

Fokussierung auf innere Sicherheit geschafft, den Versuch der Moderaten sich in diesen Fragen als Alternative zu Schwedendemokraten und Sozialdemokraten zu profilieren, in einen diskursiven Vorteil umzuwandeln. Mit der Öffnung nach Rechts gerieten die Moderaten (nun) ins politische Abseits, da die Schwedendemokraten momentan unangefochten die erste Wahl potentiell rechter und einwanderungskritischer Wähler und Wählerinnen sind.

Die Sozialdemokraten versuchen mittlerweile – neben dem Fokus auf »Ordnung und Gesetz« in Sicherheits- und Einwanderungsfragen – die auflebenden Debatten zu Ungleichheit und der fehlenden Ressourcen im Wohlfahrtssektor progressiv zu gestalten. Hier grenzt man sich klar in der Ablehnung unregulierter Gewinne von privaten Akteuren in wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen von bürgerlichen und rechtspopulistischen Parteien ab und punktet damit zudem im linken Spektrum. Durch diesen Balanceakt können vor der nächsten Wahl durchaus auch links der Mitte Wähler und Wählerinnen mobilisiert werden. Soziale Gerechtigkeit ist ein Thema, das laut aktuellen Umfragen ein großes Potential hat, als Wahlthema gewinnbringend eingesetzt zu werden (Sundgren 2017). Ebenso ist die Mehrheit der Schweden gegen unregulierte Gewinne im Wohlfahrtssektor (SVT 2016). Hier kann die Sozialdemokratie, zusammen mit den Gewerkschaften, Wählerinnen und Wähler im linken Spektrum mobilisieren. Schwieriger wird es, Sympathisanten der Schwedendemokraten zurückzugewinnen. Versuche, etwa der Gewerkschaften, die Neuausrichtung der Schwedendemokraten seit 2014 hin zu wirtschaftsliberalen Positionen und ihre Annäherung an die Bürgerlichen als möglichen Koalitionspartner, als Vertrauensbruch mit der eigenen Klientel zu kommunizieren, konnten bisher nichts an den wachsenden Umfragewerten der Rechtspopulisten ändern (vgl. Krell 2016).

Die Ausgangslage vor der Wahl 2018 ist kompliziert. Die Verschiebung der eigenen Positionen innerhalb der Moderaten entlang einer eher wertekonservativen Linie hat auch zur Folge, dass die bürgerliche Allianz mit den Liberalen und der Zentrumspartei im Begriff ist sich aufzulösen. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass in aktuellen Umfragen weder der Mitte-Links- noch der Mitte-Rechts-Block eine eigene Mehrheit aufweisen können. Knapp ein Jahr vor der nächsten Wahl stellt sich also das Dilemma der Sozialdemokratie wie folgt dar: Möchte man eine sichere Regierungsgrundlage wird

man mit der Idee spielen, Zentrumspartei und Liberale für sich zu gewinnen. In diesem Fall würde sich sowohl ein deutlicher wertekonservativer Block – Moderate, Christdemokraten und Schwedendemokraten – als auch ein neuer Mitte-Block bilden. Letzteres ist durchaus eine stabile Alternative. Dies würde aber gleichzeitig das linke Wählerspektrum verschrecken und der Linkspartei ein Alleinstellungsmerkmal links der Mitte und damit eine strategisch außerordentlich gute Position verschaffen.

Für die Weiterentwicklung der eigenen Ziele, Ungleichheit abzubauen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie den Wohlfahrtsstaat nach Jahren bürgerlicher gewerkschaftsfeindlicher Politik zu stärken, muss somit der eingeschlagene Weg in Richtung eines Konflikts um Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen weiter verfolgt werden. Während der alljährlichen Politikerwoche in Visby wurde nun der Startschuss dafür gelegt: »Das schwedische Modell soll nicht abgebaut, sondern weiterentwickelt werden«, so Finanzministerin Magdalena Andersson (SAP) in ihrer Rede. Für Progressive gilt der Spruch: Wenn nicht jetzt, wann dann?



Literatur

Krell, Christian (2016): Klare Kante gegen Rechtspopulismus. Der schwedische Gewerkschaftsdachverband und seine Haltung zu den rechtspopulistischen Schwedendemokraten. In: www.gegenblende.de (<http://gegenblende.dgb.de/artikel/++co++fafa4a16-86eb-11e6-b817-525400e5a74a>).

OECD (2013): Growing unequal. Income distribution and poverty in OECD-Countries. Paris.

Oscarsson, Henrik und Sören Holmberg (2016): *Svenska välfjäre* (Wolters Kluwer).

Persson, Christer, Stefan Carlén und Daniel Suhonen (2010): *Bokslut Reinfeldt* (Ordfront).

Rydgren, Jens und Sara van der Meiden (2016): »Sweden, now a country like all the others? The Radical Right and the end of Swedish exceptionalism« in *Working Paper Publications*, SU (Department of Sociology).

Sundgren, Per (2017): »Massivt stöd för jämlikhetspolitik – Jämlikhetsundersökningen 2017« (Katalys).

SVT (2016): »Majoritet vill begränsa vinster i välfärden«, <https://www.svt.se/nyheter/ekonomi/de-flesta-vill-begransavinster-i-valfarden> (letzter Aufruf: 19.7.2017).



Über die Autoren

Dr. Christian Krell ist Direktor des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung für die nordischen Länder mit Sitz in Stockholm. Von 2006 bis 2016 leitete er die Akademie für Soziale Demokratie der FES. Er ist Lehrbeauftragter der Universität Bonn und Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

Niels Stöber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim schwedischen gewerkschaftlichen Think Tank Katalys.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimamaße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Weitere Neuerscheinungen aus der internationalen Arbeit:



Diese Publikation ist im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stockholm entstanden.

Das FES-Büro in Stockholm (www.fesnord.org)

Das Nordische Büro ist Teil des internationalen Netzwerks der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und umfasst die Länder Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.

Das Büro mit Sitz in Stockholm wurde 2006 mit dem Ziel gegründet, die deutsch-nordische Zusammenarbeit zu fördern. Mit Seminaren und Publikationen trägt das Büro zu einem kontinuierlichen Dialog zwischen Entscheidungsträger/innen und der Zivilgesellschaft in den Nordischen Ländern und Deutschland bei.

Die Arbeit der FES in den Nordischen Ländern konzentriert sich insbesondere auf den Ideen- und Erfahrungsaustausch zu gemeinsamen Herausforderungen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Außenpolitik, wie beispielsweise:

- Erfahrungen aus Wohlfahrtsstaats- und Sozialreformen, insbesondere im Hinblick auf Chancengleichheit, partizipatorische Demokratie und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors;
- Erfahrungen in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, europäische Integration und Ostseekooperation;
- Erfahrungen auf dem Gebiet Integration- und Migrationspolitik

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.